

Satzung

Fachverband der Kommunalkassenverwalter Landesverbandes Brandenburg e.V.

§ 1 Name und Sitz

1. Der Verein führt den Namen „Fachverband der Kommunalkassenverwalter Landesverband Brandenburg e.V.“, im Folgenden als Landesverband bezeichnet.
2. Er hat seinen Sitz in Potsdam und soll im Vereinsregister des Amtsgerichts Potsdam eingetragen werden.
3. Alle männlichen und/oder weiblichen Begriffe in dieser Satzung gelten unabhängig vom Geschlecht für alle Personen anderer Geschlechter. Dies erfolgt ausschließlich für die bessere Lesbarkeit dieser Satzung.

§ 2 Zweck, Ziele und Aufgaben

Der Landesverband hat den Zweck, die Interessen seiner Mitglieder aus kommunalen Körperschaften, Anstalten, Stiftungen oder sonstigen Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder deren rechtlich selbstständigen öffentlich-rechtlichen Beteiligungen als auch der in deren Dienst befindlichen Kassenverwaltern bzw. Funktionsträgern im Rechnungswesen und Forderungsmanagement wahrzunehmen und diese in ihrer Tätigkeit zu fördern und zu unterstützen. Um diesen Zweck zu fördern, kann der Landesverband alle zweckdienlichen Tätigkeiten entfalten. Der Verbandszweck wird unter anderem durch die Erfüllung folgender Aufgaben auf den Gebieten des Zahlungsverkehrs, Rechnungswesens und Liquiditäts- und Forderungsmanagements verwirklicht:

- Fortbildungen;
- Tagungen und Veranstaltungen;
- Erstellen von Arbeitsleitfäden etc.;
- Herausgabe von Verbandsinformationen und Fachliteratur;
- Veröffentlichung/Information über gesetzliche Änderungen und aktuelle Rechtsprechung;
- Koordination/Unterstützung der Mitglieder;
- Ausarbeitung von Gesetzen, Rechtsverordnungen u. a. bzw. Änderungsvorschlägen hierzu, insbesondere auf dem Gebiet des kommunalen Haushalts-, Kassen-, Rechnungs- und Verwaltungsvollstreckungswesens auf Landesebene, u.a. auch unter Berücksichtigung des Zieles der Rechtsangleichung;
- Interessenvertretung gegenüber den Ministerien, Spitzenverbänden und anderen Interessenvertretungen auf Landesebene bei Gesetzesvorlagen (Anhörung, Vorschläge usw.);
- Qualitätssicherung bei den Mitgliedern;
- Erfüllung von Aufgaben, die den Landesverbänden durch die Vertreterversammlung des Fachverbandes der Kommunalkassenverwalter e.V. zugewiesen werden.

Der Landesverband ist verpflichtet, sich bei der Facharbeit und in der Vertreterversammlung im Fachverband der Kommunalkassenverwalter e.V. aktiv zu engagieren und zur Mitarbeit in der Facharbeit im Fachverband der Kommunalkassenverwalter e.V. zur Verfügung zu stehen.

§ 3 Verbandszugehörigkeit und Kooperationen

1. Der Landesverband ist Mitglied im Fachverband der Kommunalkassenverwalter e.V. und kann Mitgliedschaft in anderen Verbänden erwerben und sich deren Satzungen und Ordnungen unterwerfen, sofern diese nicht im Widerspruch zur eigenen Satzung, der Satzung des Fachverbandes der Kommunalkassenverwalter e.V. und zur eigenen Ordnung stehen.
2. Der Landesverband kann zum Erreichen des Vereinszwecks auch Kooperationen auf nationaler und internationaler Ebene mit inländischen und ausländischen juristischen Personen des öffentlichen und privaten Rechts und natürlichen Personen eingehen.
3. Über die Mitgliedschaft in anderen Verbänden und das Eingehen von Kooperationen entscheidet die Mitgliederversammlung.

§ 4 Mitgliedschaft

1. Der Landesverband besteht aus
 - ordentlichen Mitgliedern,
 - fördernden Mitgliedern und
 - Ehrenmitgliedern.
2. Ordentliches Mitglied des Landesverbandes können:
 - jede kommunale Körperschaft, Anstalt, Stiftung oder sonstige Einrichtung des öffentlichen Rechts und deren rechtlich selbstständige öffentlich-rechtliche Beteiligung, die durch deren Kassenverwalter bzw. Funktionsträger im Rechnungswesen und Forderungsmanagement im Dienst, vertreten werden soll; oder
 - Kassenverwalter oder Beschäftigte, die sich bei einer kommunalen Körperschaft, Anstalt, Stiftung oder sonstigen Einrichtung des öffentlichen Rechts oder deren rechtlich selbstständigen öffentlich-rechtlichen Beteiligung im Dienst befinden; oder
 - Kassenverwalter oder Beschäftigte im Sinne der Ziffer 2, zweiter Spiegelstrich, die in den Ruhestand eingetreten sind,

werden, sofern sie/er in den räumlichen Grenzen des Bundeslandes Brandenburg ansässig sind, die Verbandsziele anerkennen und die Aufgaben und Zwecke des Verbands nach Kräften unterstützen.

Der Aufnahmeantrag für ordentliche Mitglieder ist schriftlich an den Landesvorstand des Landesverbandes zu richten, in dessen räumlichen Grenzen sich das die Mitgliedschaft beantragende Mitglied befindet. Dieser entscheidet über die Aufnahme. Mit Aufnahme des Mitglieds in den Landesverband erwirbt das Mitglied zugleich die Mitgliedschaft im Fachverband der Kommunalkassenverwalter e.V. (Doppelmitgliedschaft).

Jedes ordentliche Mitglied hat ein Stimmrecht. Wählbar ist ein ordentliches Mitglied, das eine natürliche Person ist oder der Vertreter (natürliche Person) der kommunalen Körperschaft, Anstalt, Stiftung oder sonstigen Einrichtung des öffentlichen Rechts und deren rechtlich selbstständigen öffentlich-rechtlichen Beteiligung, die ein ordentliches Mitglied ist. Die Satzung kann weitere Voraussetzungen für die Wählbarkeit in bestimmte Ämter und Funktionen festlegen.

Ein Rechtsanspruch auf Aufnahme besteht nicht.

3. Fördernde Mitglieder können sowohl sonstige natürliche Personen und inländische und ausländische juristische Personen des öffentlichen und privaten Rechts als auch mitgliedsfähige Zusammenschlüsse sein.

Fördernde Mitglieder sind nicht wählbar und haben in der Mitgliederversammlung nur eine beratende Stimme und kein Stimmrecht.

Antrag auf Fördermitgliedschaft kann beim Landesvorstand des Landesverbandes gestellt werden. Fördermitglieder, die die Mitgliedschaft in einem Landesverband erhalten, werden nicht Mitglieder des Fachverbandes der Kommunalkassenverwalter e.V., es sei denn, sie beantragen bei diesem die doppelte Mitgliedschaft. Sie leisten keine aktive Tätigkeit für den Landesverband und sind nicht wählbar.

Ein Rechtsanspruch auf Aufnahme besteht nicht.

4. Ehrenmitglieder des Landesverbandes können nur natürliche Personen werden, die sich im besonderen Maße Verdienste für den Landesverband erworben haben. Sie sind stimmberechtigt, aber nicht in ein Amt wählbar. Über die Ehrenmitgliedschaft entscheidet das nach Maßgabe dieser Satzung zuständige Gremium.
5. Mitglieder des Fachverbandes der kommunalen Kassenverwalter e.V., die dem Landesverband räumlich zugeordnet sind, werden mit Inkrafttreten dieser Satzung automatisch Mitglieder des Landesverbandes, ohne dass es eines gesonderten Aufnahmeantrages bedarf. Ihre Mitgliedschaft wandelt sich in eine Doppelmithliedschaft um.

§ 5 Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft im Landesverband endet
 - durch Erlöschen;
 - durch Austritt;
 - durch Streichung im Mitgliederverzeichnis;
 - durch Ausschluss aus dem Landesverband;
 - bei natürlichen Personen durch deren Tod;
 - bei Kassenverwaltern und Beschäftigten nach § 4 Nr. 2 zweiter Spiegelstrich darüber hinaus mit Beendigung ihres Dienstes bzw. mit Eintritt in den Ruhestand, es sei denn, sie haben einen Antrag auf Mitgliedschaft gestellt und wurden als Mitglied aufgenommen (vgl. § 4 Nr. 2 dritter Spiegelstrich).
2. Der Austritt eines Mitglieds erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Landesvorstand des Landesverbandes. Er ist nur zum Schluss eines Kalenderjahres unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten zulässig.
3. Ein Mitglied kann durch Beschluss des Landesvorstandes des Landesverbandes, bei ordentlichen Mitgliedern nach Anhörung des Bundesvorstandes des Fachverbandes der Kommunalkassenverwalter e.V., im Mitgliederverzeichnis gestrichen werden, wenn es trotz zweimaliger Mahnung mit der Zahlung des Mitgliedsbeitrages in Rückstand ist. Die Streichung darf erst beschlossen werden, nachdem seit der Absendung des zweiten Mahnschreibens drei Monate verstrichen sind und der Mitgliedsbeitrag nicht beglichen ist. Die Streichung ist dem Mitglied mitzuteilen.
4. Ein Mitglied kann aus dem Landesverband ausgeschlossen werden. Ausschließungsgründe sind Verhaltensweisen oder Handlungen, die dem Verband Schaden zufügen, gegen die Verbandsinteressen bzw. Interessen des Landesverbandes verstoßen und dem Ansehen des Verbandes bzw. Landesverbandes nach innen oder außen schädlich sind (verbandsschädigendes Verhalten).
5. Über den Ausschluss entscheidet auf Antrag eines Verbandsorgans, sonstiger Verbandsgremien oder eines Landesvorstandes der Landesverband. Vor der Entscheidung ist bei ordentlichen Mitgliedern der Bundesvorstand des Fachverbandes der Kommunalkassenverwalter e.V. zu hören.
6. Das Mitglied kann gegen den Ausschlussbescheid innerhalb eines Monats nach dessen Bekanntgabe schriftlich Einspruch bei dem Landesverband einlegen, der den Ausschlussbescheid bekannt gegeben hat und über den der Landesvorstand des Landesverbandes endgültig entscheidet. Vor der Entscheidung ist bei ordentlichen Mitgliedern die Vertreterversammlung des Fachverbandes der Kommunalkassen-

verwalter e.V. zu hören. Bis zur gültigen Entscheidung ruht die Mitgliedschaft. Der Anspruch auf den Mitgliedsbeitrag bleibt bestehen.

§ 6 Rechte und Pflichten der Mitglieder

1. Die Mitglieder üben ihre Rechte und Pflichten über den Landesverband aus.
2. Die Mitglieder sind berechtigt, ihre gemeinsamen Interessen durch den Fachverband der Kommunalkassenverwalter e.V. und dessen Verbandsgliederungen vertreten zu lassen und deren Leistungen unter den festgelegten Bedingungen in Anspruch zu nehmen.
3. Den Mitgliedern wird empfohlen, zur fachlichen Information im Interesse eines einheitlichen Verwaltungshandelns auf dem Gebiet des Haushalts-, Kassen-, Rechnungs- und Verwaltungsvollstreckungswesens die vom Fachverband der Kommunalkassenverwalter herausgegebenen Nachrichten und sonstige von ihm herausgegebene Fachliteratur beziehen.
4. Die Mitglieder sind verpflichtet, die Satzungen und Ordnungen des Verbandes und seiner Untergliederungen sowie die satzungsgemäßen Beschlüsse der Organe des Landesverbandes und des Fachverbandes der Kommunalkassenverwalter e.V. zu beachten und sich für die Erreichung der Zwecke und Ziele des Landesverbandes gemäß § 2 dieser Satzung und des Fachverbandes der Kommunalkassenverwalter e.V. einzusetzen.

§ 7 Organe des Landesverbandes

Organe des Landesverbandes sind

- die Mitgliederversammlung (§ 8),
- der Landesvorstand (§ 9).

§ 8 Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung besteht aus den Mitgliedern. Sie soll in der Regel alle 2 Jahre einberufen werden. Zeit, Ort und Form bestimmt der Landesvorstand.
2. Zur Mitgliederversammlung wird durch die/den Landesvorstand eingeladen. Außerordentliche Mitgliederversammlungen sind in angemessener Frist einzuberufen, wenn mehr als 1/3 der Landesverbandsmitglieder die Einberufung beantragt. Eine Mitgliederversammlung kann im Ausnahmefall von der Vertreterversammlung des Fachverbandes der Kommunalkassenverwalter e.V. einberufen werden, wenn die Arbeit oder das Fortbestehen des Landesverbandes ernsthaft gefährdet ist und der Landesvorstand des Landesverbandes einem begründeten Einberufungsverlangen der Vertreterversammlung des Fachverbands der Kommunalkassenverwalter e.V. innerhalb einer Frist von einem Monat nicht nachkommt.
3. Die Einladung hat unter Bekanntgabe der Tagesordnung, des Tagungsortes und der Zeit schriftlich oder elektronisch, Textform ist ausreichend, spätestens einen Monat vor ihrer Durchführung zu erfolgen.
4. Jede satzungsgemäß eingeladene Mitgliederversammlung ist beschlussfähig.
5. Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen, die von dem Landesvorstand und dem Protokollführer zu unterzeichnen ist. Die Beschlüsse sind in geeigneter Form bekanntzugeben.

6. Der Mitgliederversammlung obliegt die Beschlussfassung über:
 - Wahl des Landesvorstandes;
 - die Abberufung eines Mitglieds des Landesvorstandes;
 - Entscheidung gem. § 3 Nr. 3 der Satzung (Mitgliedschaft in anderen Verbänden und Kooperationen);
 - die Genehmigung der Jahresabschlüsse und die Erteilung der Entlastung des Landesvorstandes;
 - Wahl der Rechnungsprüfer;
 - Mitwirkung zu Grundsätzen der Facharbeit, insbesondere Bildung von Fachausschüssen und deren Auflösung;
 - Behandlung grundsätzlicher Fragen von allgemeiner verbandspolitischer Bedeutung;
 - Erlass der Beitragsordnung des Landesverbandes;
 - Wahl eines Ersatzmitgliedes für den Landesvorstand nach § 9 Nr. 3 der Satzung;
 - Entscheidung über die Einrichtung einer hauptamtlichen Geschäftsstelle;
 - Satzungsänderungen;
 - die Auflösung des Verbandes und die Zuwendung des Vermögens nach Liquidation;
 - Beschluss einer Ehrenordnung und Ernennung von Ehrenmitgliedern.
7. Für Satzungsänderungen des Landesverbandes ist 2/3 Mehrheit, für die Auflösung des Landesverbandes 3/4 der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder erforderlich.
8. Jedes ordentliche Mitglied und jedes Ehrenmitglied haben eine Stimme.

§ 9 Landesvorstand

1. Der Landesvorstand besteht aus
 - der/dem Landesvorsitzenden;
 - der/dem stellvertretenden Landesvorsitzenden;
 - der/dem Landesschatzmeister/in;
 - der / dem Landesgeschäftsführer/in.

Der Landesvorstand kann bei Bedarf Beisitzer berufen, die bei Abstimmungen im Landesvorstand nur beratend, aber nicht stimmberechtigt sind.

Auf Beschluss des Landesvorstandes kann unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse und auf der Grundlage des Finanzplanes für die Vorstandsarbeit eine angemessene pauschale (ggf. ehrenamtliche) Aufwandsentschädigung gezahlt werden oder einzelne Vorstandsmitglieder können als geringfügige oder sonstige Arbeitnehmer vergütet werden. Hierüber entscheidet der Landesverband nach pflichtgemäßem Ermessen.

2. Die/der Landesvorsitzende ist Vorstand im Sinne von § 26 Abs. 2 BGB und vertritt den Landesverband gerichtlich und außergerichtlich. Ihm/ihr kann von der Mitgliederversammlung für einzelne Rechtsgeschäfte eine Befreiung von § 181 BGB erteilt werden. Er/sie kann einem anderen Landesvorstandsmitglied Vollmacht erteilen.
3. Scheidet der/die Landesvorsitzende (Vorstand im Sinne des § 26 BGB) aus, ist unverzüglich eine Mitgliederversammlung einzuberufen. Die Amtszeit endet in diesem Fall mit sofortiger Wirkung nach dem Ausscheiden aus dem Landesvorstand. Diese Mitgliederversammlung nimmt die Ersatzwahl vor. Die Ersatzwahl erfolgt für die Dauer der Restamtszeit. Bis zur Ersatzwahl ist der stellvertretende Landesvorsitzende Vorstand im Sinne des § 26 BGB.

Scheidet ein anderes Mitglied des Landesvorstandes während der laufenden Amtszeit aus, kann bei Bedarf für die Überbrückungszeit bis zur nächsten turnusgemäßen Wahl von den Mitgliedern des Landesvorstandes ein Mitglied mit der vorübergehenden Aufgabenwahrnehmung beauftragt werden.

4. Die Mitglieder des Landesvorstandes werden für vier Jahre gewählt. Hierbei stehen jeweils zur Wahl:

- die/der Landesvorsitzende und die/der Landeschatzmeister/in;
- die/der stellvertretende Landesvorsitzende und die/der Landesgeschäftsführer/in.

Eine Wiederwahl ist zulässig. Sie sollen bei einem ordentlichen Mitglied im Dienst befindliche Kassenverwalter oder Beschäftigte im Sinne des § 4 Ziffer 2 Spiegelstrich 1 bis 3 sein. Landesvorsitzende und stellvertretende Landesvorsitzende müssen als Kassenverwalter oder Beschäftigte im Sinne des § 4 Ziffer 2 Spiegelstrich 1 bis 2 aktiv im Dienst sein. Die Amtsdauer endet mit der Neuwahl.

5. Die Abberufung eines Mitglieds des Landesvorstandes ist nur mit einer 2/3 Mehrheit der Stimmen der Mitgliederversammlung möglich.

6. Dem Landesvorstand obliegen insbesondere folgende Aufgaben

- die Geschäftsführung des Landesverbands,
- die Vorbereitung und Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung,
- die Aufnahme von Mitgliedern und der Ausschluss von Mitgliedern ggf. nach Anhörung des Bundesvorstandes oder der Vertreterversammlung des Fachverbandes der Kommunalkassenverwalter e.V.,
- die Verwaltung der Mitgliedschaften,
- Aufstellung und Entscheidung über den Finanzplan,
- Haushalts- und Kassenführung,
- die Organisation von Tagungen,
- Ernennung der Vertreter und die Weisung an die Vertreter zur Vertreterversammlung des Fachverbandes der Kassenverwalter e.V.,
- Einrichtung von Arbeitsgruppen zu fachlichen Themen,
- ggf. die Bereitstellung und Pflege der Inhalte des Internets und von Social Media-Angeboten auf Landesebene.

§ 10 Wahl- und Abstimmungsverhalten

1. Wahlen und Abstimmungen erfolgen in der Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit der anwesenden, stimmberechtigten Mitglieder, sofern die Satzung nichts anderes vorschreibt.

Wahlen und Abstimmungen erfolgen durch Akklamation oder auf Antrag durch schriftliche Stimmenabgabe in geheimer Wahl.

2. Abstimmungen im Landesvorstand können im Umlaufverfahren auch elektronisch erfolgen, wenn kein Stimmberechtigte(r) diesem Verfahren widerspricht. In diesem Fall sind die stimmberechtigten Mitglieder über das Abstimmungsergebnis schriftlich oder elektronisch zu unterrichten, wobei Textform ausreicht.
3. Ungültige Stimmen und Stimmenenthaltungen werden bei der Ermittlung des Wahl- und Abstimmungsergebnisses nicht mitgezählt, bei Stimmengleichheit ist eine Wahl oder ein Beschluss nicht zustande gekommen.

§ 11 Haushalts- und Kassenführung, Jahresabschluss, Rechnungsprüfung

1. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

2. Die Führung der Kassengeschäfte steht unter der Aufsicht der/des Vorsitzenden.
3. Der Landesvorstand hat den beschlossenen Finanzplan zu beachten.
4. Die Jahresabschlüsse für die seit der letzten Mitgliederversammlung abgelaufenen Geschäftsjahre, die schriftlichen Prüfberichte und Entlastungsempfehlungen sind der Mitgliederversammlung vorzulegen.
5. Zur Prüfung der Jahresabschlüsse wählt die Mitgliederversammlung für die Dauer von vier Jahren zwei Rechnungsprüfer. Diese dürfen nicht dem Landesvorstand des Landesverbandes angehören. Sie bleiben bis zur Wahl der Nachfolger im Amt. Eine Wiederwahl ist einmalig zulässig.
6. Die Rechnungsprüfer prüfen mindestens einmal jährlich die sachliche und rechnerische Richtigkeit der Kassengeschäfte und der Ausführung des Finanzplanes. Hierüber haben sie einen schriftlichen Bericht der Mitgliederversammlung zur Erteilung der Entlastung des Landesvorstandes bekanntzugeben.

§ 12 Mitgliedsbeiträge

1. Von den ordentlichen Mitgliedern werden Beiträge in der Form von
 - Regelbeiträgen;
 - Entgelten für die Inanspruchnahme von Leistungen des Landesverbandes erhoben.
2. Fördernde Mitglieder leisten Sonderbeiträge gemäß der Beitragsordnung und können weitere Geldleistungen, Sach- und Dienstleistungen erbringen.
3. Die Höhe und die Fälligkeit werden durch die Mitgliederversammlung durch Beschluss (Beitragsordnung) festgelegt. Über die Höhe der Entgelte für die Inanspruchnahme von Verbandsleistungen des Landesverbandes entscheidet der Landesvorstand.
4. Mitgliedsbeiträge der Mitglieder des Landesverbandes und des Fachverbandes der Kommunalkassenverwalter e.V. werden vom Fachverband der Kommunalkassenverwalter e.V. eingezogen und der auf den Landesverband entfallende Teil des Mitgliedsbeitrages an diesen abgeführt. Die Sonderbeiträge der Fördermitglieder werden vom Landesverband eingezogen.

§ 13 Datenschutz im Verein

1. Zur Erfüllung der Zwecke des Vereins werden unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben der Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) und der Datenschutz-gesetze des Bundes und der Länder personenbezogene Daten über persönliche und sachliche Verhältnisse der Mitglieder im Verein gespeichert, übermittelt und verändert.
2. Jedes Mitglied hat das Recht auf:
 - Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten Daten;
 - Berichtigung der zu seiner Person gespeicherten Daten, wenn sie unrichtig sind;
 - Sperrung der zu seiner Person gespeicherten Daten, wenn sich bei behaupteten Fehlern weder deren Richtigkeit, noch deren Unrichtigkeit feststellen lässt;
 - Löschung der zu seiner Person gespeicherten Daten, wenn die Speicherung unzulässig war.
3. Den Organen des Vereins, allen Mitarbeitern oder sonst für den Verein Tätigen ist es untersagt, personenbezogene Daten unbefugt zu anderen als dem zur jeweiligen Aufgabenerfüllung gehörenden Zweck zu verarbeiten, bekanntzugeben, Dritten zugänglich zu machen oder sonst zu nutzen.

Diese Pflicht besteht auch über das Ausscheiden der oben genannten Personen aus dem Verband hinaus.

§ 14 Haftung

1. Die Haftung aller Personen mit Funktionen, die in dieser Satzung vorgesehen sind, sowie die Haftung der mit der Vertretung des Landesverbandes beauftragten Personen werden gegenüber dem Landesverband auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit beschränkt.

Werden diese Personen von Dritten im Außenverhältnis zur Haftung herangezogen, ohne dass Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit vorliegt, so haben diese gegen den Verein einen Anspruch auf Ersatz ihrer Aufwendungen zur Abwehr der Ansprüche sowie auf Freistellung von Ansprüchen Dritter.

Der Landesverband ist verpflichtet, entsprechende Versicherungen abzuschließen.

2. Der Landesverband haftet gegenüber den Mitgliedern im Innenverhältnis nicht für fahrlässig verursachte Schäden, die Mitglieder bei der Ausübung ihrer Rechte und Erfüllung ihrer Pflichten erleiden, soweit solche Schäden nicht durch Versicherungen des Verbandes, für die dieser abschlusspflichtig ist, abgedeckt sind.
3. Im Übrigen richtet sich die Haftung von Organmitgliedern und besonderen Vertretern nach § 31 a BGB und die Haftung von Vereinsmitgliedern nach § 31 b BGB.

§ 15 Auflösung des Landesverbandes

1. Wird gem. § 8 Abs. 6 die Auflösung des Landesverbandes beschlossen, erfolgt dessen Liquidation.
2. Soweit die Mitgliederversammlung nichts anderes bestimmt, sind der/die Vorsitzende und der/die Schatzmeister(in) Liquidatoren.
3. Im Falle der Auflösung oder Aufhebung des Landesverbandes ist das Vermögen nach Abwicklung aller Rechtsgeschäfte und Erfüllung aller Verbindlichkeiten einem Zweck im Sinne der Aufgabenerfüllung des Landesverbandes zuzuführen. Die Entscheidung darüber trifft, nach Abstimmung mit dem zuständigen Finanzamt, die Mitgliederversammlung.

§ 16 Änderungen

Der Landesvorstand ist ermächtigt, abweichend von § 8 Nr. 6 Änderungen oder Ergänzungen der Satzung, die auf Beanstandungen des Registergerichts im Rahmen des Eintragungsverfahrens notwendig werden, soweit gesetzlich zulässig, vorzunehmen.

§ 17 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit dem Tage der Eintragung in das Vereinsregister beim Amtsgericht Potsdam in Kraft.

§ 18 Übergangsregelungen

1. Mit Inkrafttreten der Satzung bleibt der Landesvorstand bis zum Ablauf der bisherigen jeweiligen Amtszeit im Amt.
2. Die Beschlüsse von Mitgliederversammlung und Landesvorstand gelten bis zur Fassung ersetzender Beschlüsse durch die jeweils dann zuständigen Gremien weiter.

Beschlossen durch die Mitgliederversammlung in Rangsdorf am 08. September 2021.

Im Vereinsregister eingetragen in Potsdam am 08.09.2022, VR 9493 P.

Dietmar Liese, Landesvorsitzender